

## **P r o t o k o l l**

### **der Sitzung des Finanz-, Wirtschafts- und Liegenschaftsausschusses am 17. Januar 2011 im Senatssaal**

#### **Öffentlicher Teil**

**Beginn: 18:00 Uhr**

**Ende: 21:32 Uhr**

#### **Anwesenheit**

Herr Braun  
Frau Bruns  
Herr Dr. Fassbinder  
Frau Görs  
Herr Dr. Kerath  
Herr Kolbe  
Herr F.-R. Liskow  
Herr Prof. Dr. Matschke  
Herr Mundt  
Frau Dr. Schwenke  
Frau Socher  
Herr Voß

#### **Verwaltung**

Herr Hochheim  
Herr Kremer  
Frau Teetz  
Herr Wille  
Herr Feldt  
Herr Kaiser  
Herr Niemeyer  
Frau Dr. Rothe  
Frau Krüger  
Frau Baas  
Herr Maas

#### **Gäste**

OZ

Herr Dr. Blank, GF Biotechnikum

Herr Vogt, BauBeCon

**Tagesordnung:**

1. Sitzungseröffnung
2. Bestätigung der Tagesordnung
3. Fragen, Vorschläge und Anregungen der Einwohner
4. Diskussion von Beschlussvorlagen
- 4.1. Errichtung eines Plasmatechnikums als Forschungs-, Dienstleistungs- und Gründerzentrum in der Universitäts- und Hansestadt Greifswald 05/438  
*Dez. I , Amt 20*
- 4.2. Neuausrichtung des Tourismus - Stadtmarketingaktivitäten der Universitäts- und Hansestadt Greifswald 05/448  
*Dez. I , Amt 20*
- 4.3. Vorbereitung Doppik, Bildung der Teilhaushalte und Bildung der Produkte 05/439  
*Dez. I , Amt 20*
- 4.4. 9. Änderungssatzung der Abfallgebührensatzung vom 23.12.1999 zur Erhebung von Abfallgebühren für das Jahr 2011 05/454  
*Dez. II, Amt 60*
5. Information der Verwaltung
- 5.1. Zwischenstand zum Projekt "Synergien im Stadtkonzern"
6. Fragen, Vorschläge und Anregungen der Ausschussmitglieder
7. Informationen des Ausschussvorsitzenden
8. Bestätigung des Protokolls vom 15.11.2010
9. Bestätigung des Protokolls der Sondersitzung vom 24.11.2010
10. Schluss der Sitzung

*Zu TOP: 1. Sitzungseröffnung*

Herr Prof. Matschke eröffnet die Sitzung mit 12 stimmberechtigten Mitgliedern.

---

*Zu TOP: 2. Bestätigung der Tagesordnung*

Herr Prof. Matschke schlägt vor, die Beschlussvorlage zur 9. Änderungssatzung der Abfallgebührensatzung zusammen mit der 1. Änderungssatzung Abfall unter dem TOP 4.4. zu behandeln. Die eingereichten Tischvorlagen werden wie folgt zugeordnet:

TOP 4.5. – Lehrmittelversorgung der Zooschule  
TOP 4.6. – Verwaltungsreform  
TOP 4.7. – Bestätigung der Eilentscheidung des OB  
TOP 4.8. – Rekonstruktion der Wallanlagen

Herr Dr. Fassbinder stellt folgende Änderungsanträge: Wegen der kurzfristigen Aushändigung der umfangreichen Unterlagen zu TOP 4.2. und TOP 4.4. bittet er, diese von der Tagesordnung zu nehmen. Weiter möchte er den TOP 3.1. „Festpreisregelung für gewerblich genutzte städtische Grundstücke“ aus der nichtöffentlichen Sitzung herausnehmen und in der öffentlichen Sitzung behandeln lassen.

Die Zuordnung der Tischvorlagen und der Vorschlag zum TOP 4.4. wird abgestimmt: **12 Ja-Stimmen**

Den TOP 3.1. als öffentlichen Tagesordnungspunkt zu behandeln, wird mit **12 Ja-Stimmen** abgestimmt.

Nach der Diskussion wird beschlossen, dass der TOP 4.2. auf der Tagesordnung bleibt.

Abstimmungsergebnis: **10 Ja, 2 Nein**

Ebenfalls wird beschlossen, den TOP 4.4. auf der Tagesordnung zu belassen.

Abstimmungsergebnis: **9 Ja, 2 Nein, 1 Enth.**

**Die Tagesordnung mit den abgestimmten Änderungen wird beschlossen.**

**Abstimmungsergebnis: 9 Ja, 1 Nein, 1 Enth.**

---

*Zu TOP: 3. Fragen, Vorschläge und Anregungen der Einwohner*

keine

---

Zu TOP: 4. *Diskussion von Beschlussvorlagen*

---

Zu TOP: 4.1. *Errichtung eines Plasmatechnikums als Forschungs-, Dienstleistungs- und Gründerzentrum in der Universitäts- und Hansestadt Greifswald*

Herr Wille:

In der November-Sitzung wurde ein ausführlicher Vortrag über die Tätigkeit der inno-AG gehalten und insbesondere die Vorteile und Ideen eines Plasmatechnikums erläutert. Die Studie liegt jetzt vollständig vor; an den Grundaussagen hat sich nichts geändert.

Es wird großes Potential in der Gründung eines solchen Zentrums gesehen. Besonders hervorgehoben gehört die Kombination Forschungs-, Dienstleistungs- und Gründerzentrum.

Einige neue Erkenntnisse im Zusammenhang mit dem Biotechnikum haben sich jetzt ergeben. Diese werden das Gesamtvorhaben etwas anders gestalten und konnten aufgrund der Kurzfristigkeit nicht mehr in die Vorlage mit eingearbeitet werden.

Ein entsprechendes Papier wurde im Vorfeld der Sitzung ausgegeben.

Herr Dr. Blank gibt Erläuterungen und spricht über die Vorbereitung und Realisierung des Vorhabens.

Es wird vorgeschlagen, die Planungen für das Plasmatechnikum mit den Planungen des Biotechnikums zusammenzuführen. Für beide würde es letztendlich den größten Nutzen geben.

Auf der Fläche zwischen Biotechnikum und INP ein kombiniertes Zentrum mit einem Plasmatechnikum aufzubauen, wird für eine gute Lösung gehalten. Beide Einrichtungen sollen Betreiber des Plasmatechnikums werden.

Die von der Stadt in Auftrag gegebene Machbarkeitsstudie befürwortet den Standort Felix-Hausdorff-Straße.

Die Studie rät ab, einen leerstehenden Bau auf dem Areal in der Brandteichstraße für das Plasmatechnikum zu nutzen.

Auf Anfrage von Herrn Mundt zur Antragstellung der Fördermittel erklärt Herr Wille, dass nach den bisherigen Vorstellungen die Stadt selbst diesen Antrag stellt oder das Biotechnikum. Das ist noch nicht entschieden.

Die Eigentumsverhältnisse hinsichtlich des Grundstückes werden nach Aussage von Herrn Dr. Blank noch mit der Universität geklärt.

Herr Wille wird zum Hauptausschuss einen überarbeiteten Beschlusstext in Bezug auf die Erweiterung Biotechnikum einreichen.

---

Abstimmungsergebnis: **12 Ja**

---

Zu TOP: 4.2. *Neuausrichtung des Tourismus - Stadtmarketingaktivitäten der Universitäts- und Hansestadt Greifswald*

Herr Wille:

Mehrfach wurde schon über das Thema gesprochen und die Auffassung gewonnen, dass insgesamt der Tourismus und die Stadtmarketingaktivitäten neu ausgerichtet werden sollten. Die vielfältigen Angebote in der Stadt und die gute Lage zwischen den Inseln Usedom und Rügen ergeben dafür Potenzial. Die letzte Studie der Firma Prognos hat gezeigt, dass es an der Vernetzung der Aktivitäten innerhalb der Stadt und auch in Richtung Rügen und Usedom fehlt. Bisher gibt es weder nach innen noch nach außen einen beschlossenen Auftritt der Stadt. Durch die Gründung einer Tourismus- und Stadtmarketing GmbH soll das geändert werden.

Herr Feldt erläutert anhand bildlicher Darstellungen umfangreich das Konzept.

Der Tourismus bringt jährlich ca. 57 Mio. EUR Umsatz. 80 % aller Touristen sind derzeit noch Tagesgäste. Die Übernachtungszahlen sind seit 2003 steigend. Wenn mehr Geld in die Vermarktung investiert wird, werden mehr Gäste in die Stadt kommen und damit mehr Geld. Die 25 TEUR Stammkapitaleinlage und 90 TEUR zusätzlichen Personalkosten bedeuten für die Verwaltung erst einmal Mehrkosten.

Im Anschluss an die Präsentation beantwortet Herr Wille Fragen.

Frau Socher möchte wissen, was mit dem Personal des Fremdenverkehrsvereins wird und ob es hinsichtlich künftigen Personals Ausschreibungen gibt.

Herr Wille:

Diese Punkte müssen rechtlich noch geklärt werden. Auf vorhandenes Personal, insbesondere aus der Stadtinformation, möchte man nicht verzichten. Hinsichtlich des Geschäftsführers und des erforderlichen zusätzlichen Personals für die Steuerung wird von einer Ausschreibung ausgegangen.

Herr Dr. Kerath hat Fragen zur Finanzierung und möchte wissen, inwieweit Akteure im Vorfeld mit einbezogen wurden.

Herr Wille:

Die Finanzierung wurde mit den Vereinen besprochen. Wobei gesagt werden muss, dass sich die detaillierte Aufstellung im Konzept auf die großen künftigen Veranstaltungen und Veranstalter bezieht. Das zur Verfügung stehende Finanzierungsvolumen wurde versucht, grob darzustellen.

Zur Frage der Einbeziehung der Akteure, wird erklärt, dass innerhalb der Stadtverwaltung, zu dem was jetzt vorliegt, Konsens besteht. Intensive Kontakte bestehen zum VGI, als ein wichtiger Akteur, und zum Fremdenverkehrsverein. Mit allen sonstigen Vereinen der Stadt, die sich mit Tourismus beschäftigen, sowie mit dem Verein Tourismuszentrale Vorpommern wurde nicht gesprochen.

Zur geäußerten Vorstellung von Herrn Dr. Kerath, dass man viel mehr aus der Verwaltung heraus, wie z. B. Kulturamt, in diese GmbH geben könnte, erklärt Herr Wille, dass darüber diskutiert wurde. Die GmbH hätte sicherlich größeres Potential. Es wäre aber für den Anfang eine Überforderung, wenn die GmbH neben der Organisation vom künftigen Stadtfest, Fischerfest, Weihnachtsmarkt und der gleichzeitigen Aktivitäten für die Vernetzung noch zusätzliche Funktionen erhält.

Herr Prof. Matschke möchte wissen, ob sich an der GmbH, die außerordentlich wirtschaftsnahe Aufgaben übernimmt, auch private Unternehmen beteiligen können.

Herr Wille:

Von Seiten der Stadt spricht nichts dagegen. Die Möglichkeit, Dritte zu beteiligen, spricht für eine GmbH. Das wäre bei einem Eigenbetrieb nicht möglich. Für den ersten Schritt der Gründung sind momentan noch keine privaten Partner sichtbar. Insbesondere in der Aufbauphase müsse auf möglichst gute Steuerungsmöglichkeiten geachtet werden.

Herr Prof. Matschke weist zum Schluss der Diskussion darauf hin, dass für die Beschlussfassung in der Bürgerschaft eine genaue Finanzplanung vorliegen muss.

Abstimmungsergebnis: **12 Ja**

---

*Zu TOP: 4.3. Vorbereitung Doppik, Bildung der Teilhaushalte und Bildung der Produkte*

Herr Wille bittet um den Beschluss zur Bildung der Teilhaushalte und Produkte. Bisher ist das Skelett vorhanden, das richtungweisend für den künftigen Haushalt steht.

Einleitend erklärt er, dass Greifswald sich entschieden hat, die Teilhaushalte nach der Organisation zu bilden. Es liegen Vorteile in der Bewirtschaftung, wenn Budget und Verantwortliche deckungsgleich sind. Die Bedeutung eines Teilhaushaltes liegt darin, dass alle Aufwendungen per Verordnung untereinander deckungsfähig sind.

Damit die Ausschussmitglieder eine bessere Vorstellung von der Struktur bekommen, wurde im Vorfeld ein Auszug – Teilhaushalt kulturelle Einrichtungen – aus dem Haushaltsplan 2011 der Stadt Stralsund verteilt, und dieser wird von Herrn Wille detailliert erklärt. Der Haushaltsplan der Stadt Stralsund ist auch verfügbar im Internet.

Im Anschluss gibt Herr Wille Erläuterungen zum Beschluss. Es wird vorgeschlagen, 12 Teilhaushalte, die sich im Wesentlichen an der Ämterstruktur orientieren, zu bilden. Ausnahmen sind u. a. RPA, Leitung der Verwaltung und die Rechtsabteilung. Die großen Leitungsbereiche könnten zu einem Teilhaushalt zusammengefasst und bewirtschaftet werden. Ansonsten sind es die Ämter der Verwaltung und der per Verordnung gebildete Teilhaushalt zur allgemeinen Finanzwirtschaft.

Den Ausschussmitgliedern liegt ein Katalog vor, der die Produkte enthält, welche aus heutiger Sicht gebildet würden.

Es gibt die Hauptproduktbereiche 1, 2, 3 und 4, die auch nach gewissen inhaltlichen Kriterien gebildet sind. Die Zuordnung der Produkte zu den Teilhaushalten orientiert sich aber nicht allein daran. Es kann ebenfalls ein Produkt aus dem Hauptproduktbereich 5 dem Teilhaushalt 1 zugeordnet werden. Insgesamt gibt es 6 Hauptproduktbereiche.

Der Punkt 4 wurde in den Beschlussvorschlag für den Fall mit aufgenommen, wenn bei der Aufstellung des Haushaltplanes Abweichungen zu Nr. 1 bis 3 aus rechtlichen oder anderen Gründen notwendig werden.

Gegenwärtig wird die Beschreibung der Produkte erarbeitet. Als Grundlage befinden sich alle wesentlichen und sonstigen Produkte in einer Beschreibung. Änderungen können für jedes Haushaltsjahr vorgenommen werden, sowohl bei den Produkten als auch bei der Wertigkeit.

Nach der Diskussion wird die Vorlage abgestimmt:

**11 Ja, 1 Enth.**

---

*Zu TOP: 4.4. 1. Änderungssatzung der Satzung über die Entsorgung von Abfällen in der Universitäts- und Hansestadt Greifswald vom 02.11.2009*

Die Vorlage wird von Herrn Hochheim eingebracht.

Da das Sammelmobil von den Bürgern der Stadt nur in geringem Umfang genutzt wurde und dem gegenüber der finanzielle Aufwand erheblich war, kommt es ab diesem Jahr nicht mehr zum Einsatz.

Die Entsorgung erfolgt im Rahmen der kostenlosen Sperrmüllabfuhr oder über die Selbstanlieferung beim Recyclinghof.

Abstimmungsergebnis: **12 Ja**

### **9. Änderungssatzung der Abfallgebührensatzung vom 23.12.1999 zur Erhebung von Abfallgebühren für das Jahr 2011**

Die Vorlage wird von Herrn Hochheim eingebracht.

Die Abfallgebühren werden rückwirkend zum 01.01.2011 um 15 % steigen. Grund ist, dass per Gesetz ein jährlicher Ausgleich von Guthaben oder Defiziten aus Vorjahren erfolgen muss. In 2008 und 2009 wurde mehr Geld eingenommen. Dagegen gab es 2010 ein Defizit von 354.700 EUR, wovon allein 161.000 EUR aus Mindereinnahmen beim Grünschnitt resultierten. Die Bürger mussten 2010 bei Ablieferung des Grünschnitts beim Wertstoffhof zahlen. Frau Krüger konkretisiert, dass statt der jährlichen Liefermenge von bisher 5.700 Tonnen im letzten Jahr nur noch 500 Tonnen abgeliefert wurden. Ein Teil des Grünschnitts wurde in den Mülltonnen entsorgt, das ergaben Probeverwiegungen.

Im Dezember 2010 wurde in der Bürgerschaft wieder die ehemals kostenlose Grünschnittentsorgung beschlossen.

Das allein schlägt sich in den neuen Abfallgebühren in Höhe von 10 % nieder.

In der anschließenden Diskussion äußerte Herr Dr. Kerath sein Unverständnis, dass die Ergebnisse der Probeverwiegungen vom Vorjahr nicht berücksichtigt wurden. Besonders in den 120-Liter-Tonnen wären nicht unerhebliche Mengen von Grünschnitt und Gehölzen festgestellt worden. Warum müssen die Betroffenen nicht die „Suppe auslöffeln“ und die Erhöhung wird jetzt über alle Behältergrößen verteilt?

Herr Hochheim antwortet, dass es Abweichungen von den 2009 ermittelten Schüttdichten gab. Damit hätten die 240-Liter-Tonnen günstiger als die 120-Liter-Tonnen angeboten werden müssen. Das hätte man den Bürgern nicht vermitteln können. Die von Mehrkosten Betroffenen hätten sicher den größeren Behälter gewählt. Was später wieder preisintensiver geworden wäre.

Was mit den Müllgebühren ab 2012 geschieht, kann ohnehin nicht gesagt werden, da mit der Verwaltungsreform diese Aufgabe an den Großkreis abgetreten werden muss.

**Abstimmungsergebnis: 6 Ja, 4 Nein, 2 Enth.**

---

#### **Zu TOP: 4.5. Lehrmittelversorgung der Zooschule**

Herr Prof. Matschke bringt die Vorlage der FDP-Fraktion von Frau Leddin ein.

Die Zooschule wird von den Schulen genutzt. Es gibt Probleme bezogen auf das Unterrichtsmaterial. In diesem Jahr wird versucht, dass Material aus überschüssigen Beständen zu komplettieren.

Zukünftig sollen dafür Mittel im Haushalt bereitgestellt werden. Da bisherige Erfahrungswerte fehlen, bleibt die Höhe der Mittel offen.

Nach der Diskussion erklärt Herr Prof. Matschke, dass er nicht abstimmen lässt. Die Vorlage soll nochmals in der Fraktion diskutiert werden.

---

*Zu TOP: 4.6. Verwaltungsreform*

Herr Dr. Kerath bringt die Vorlage der SPD-Fraktion ein. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die rechtlichen und wirtschaftlichen Konsequenzen zu prüfen und darzustellen, wenn folgende Aufgaben: - die Tätigkeit als örtlicher Träger der Jugendhilfe, - die Schulträgerschaft für die Gymnasien und Gesamtschule, - die Zuständigkeit des öffentlichen Personennahverkehrs, - die Zuständigkeit Abfallwirtschaft, - die Durchführung von kreislichen Arbeiten mit Bürgerkontakt weiterhin in der UHGW ausgeübt werden, statt im neuen Landkreis.

Herr Dr. Kerath erklärt, wenn das Personal mit den Aufgaben übergehen würde, würden nach erfolgreichem Abschluss der Verhandlungen 2012 die Aufgaben wieder an die Stadt zurückgehen, nicht aber das Personal. Der neue Kreis hätte dann das Personal, aber nicht mehr die Aufgaben. Zu den wirtschaftlichen Auswirkungen kann nach Aussage von Herrn Dr. Kerath seitens des OB noch nichts gesagt werden, da die Höhe der Kreisumlage nicht bekannt ist. Um eine Aussage zu treffen, wäre seiner Meinung nach auch eine Schätzung möglich.

Herr Mundt erklärt dazu, dass es einen Begleitausschuss in der Bürgerschaft gibt und einen Untersuchungsausschuss. Dieser prüft zusammen mit der Verwaltung, was sinnvoll ist, an Aufgaben zu behalten, und was nicht.

Herr Hochheim informiert zum Entwurf des Finanzausgleichgesetzes 2012. Dort findet man erste Anhaltspunkte, wie die neue Gebietstruktur der neuen Aufgabenzuordnung angepasst werden soll. Eine wesentliche Aussage dieses Gesetzes ist, dass eine Verschiebung von Finanzmitteln von ehemals kreisfreien Städten in die Landkreise erfolgen muss. Nach FAG 2010 hätten die Mittel für kreisfreie und großkreisangehörige Städte ca. 180 Mio. EUR betragen. Die Vorstellung ist, dass 40 % davon Kreisaufgaben sind, ungefähr 72 Mio. EUR. Bei der Frage, wie viel die Stadt Rostock bekommt, die weiter die Kreisaufgaben behält, und wie viel die Großkreise für die Städte abgezogen bekommen müssten, hat man sich einer Aufteilung nach Einwohnern bedient. Es wird festgestellt, dass 30,7 Mio. EUR von den Großkreisen in die Landkreise gehen

müssten.

Künftig muss Greifswald zusätzlich noch eine Kreisumlage zahlen.

Herr Hochheim unterstützt die Auffassung des Oberbürgermeisters, genau darüber nachzudenken, welche Aufgaben zurückgeholt werden.

Nach Diskussion wird die Vorlage nicht abgestimmt.

---

*Zu TOP: 4.7. Bestätigung der Eilentscheidung des Oberbürgermeisters zur Stimmabgabe in der Gesellschafterversammlung der Theater Vorpommern GmbH*

Frau Dr. Rothe gibt eine ausführliche Sachdarstellung.

Durch die Gesellschafterversammlung wurde einstimmig beschlossen, dass sich die Theater Vorpommern GmbH mit Gesellschaftsmitteln an der Gründung der Theatermanagement Vorpommern UG (haftungsbeschränkt) beteiligt, um die bestehende Kooperation auszubauen und die Zusammenarbeit der Theaterbetriebe noch effizienter zu gestalten. Der Aufsichtsrat hat am 28.12.2010 ebenso ein positives Votum zur Gesellschaftsgründung abgegeben.

Das Stammkapital der UG beträgt 3.000 EUR. Die Theater Vorpommern GmbH hat sich hieran zu 90 % und die Vorpommersche Landesbühne Anklam zu 10 % beteiligt.

Da sich seitens der Geschäftsführung der Landesbühne Anklam erst am 23.12.2010 positiv zur Gesellschaftsgründung geäußert wurde, entstand die Eilbedürftigkeit.

Herr Prof. Matschke fragt nach dem Konzept, was noch von der Theater Vorpommern GmbH erarbeitet werden soll. Hierbei müsste seiner Meinung nach ein inhaltliches und kein organisatorisches Konzept vorgelegt werden.

Frau Dr. Rothe erklärt, dass das Konzept so weit fertig ist, bereits im Aufsichtsrat war und demnächst der Bürgerschaft und den Gremien vorgestellt wird.

Herr Dr. Kerath verlässt die Sitzung um 20.45 Uhr. Damit nehmen 11 stimmberechtigte Mitglieder an der Ausschusssitzung teil.

Die Vorlage wird nach kurzer Diskussion abgestimmt.

Abstimmungsergebnis: **10 Ja, 1 Enth.**

*Zu TOP: 4.8. Rekonstruktion der Wallanlagen*

Herr Wille bringt die Vorlage ein.  
Zur Maßnahme „Rekonstruktion Wallanlagen“ hätte Wallkrone Kastanienwall dazugehört. Die komplette Beauftragung der Leistungen konnte aber aufgrund fehlender finanzieller Mittel nicht erfolgen. Da die Sanierung der Klosterscheune jetzt billiger als erwartet wird, kann durch die freigewordenen Mittel in Höhe von 40 T€ das gesamte Vorhaben durchgeführt werden. Dazu gehört u. a. die Aufstellung von Bänken und Papierkörben.  
Um die haushaltsrechtliche Seite darzustellen und Ausgabereste bilden zu können, wird dieser Beschluss benötigt.

Es besteht kein Diskussionsbedarf.  
Abstimmungsergebnis: **11 Ja**

---

*Zu TOP 4.9. Festpreisregelung für gewerblich genutzte städtische Grundstücke in Bauungsplangebieten - Aktualisierung 2010 -*

Herr Kremer bringt die Vorlage ein.  
Die Preise für die Verkäufe im Gewerbegebiet wurden vor zwei Jahren festgelegt. Zum damaligen Zeitpunkt gab es noch keine Bodenrichtwertkarte, weil die Stadt der einzige Verkäufer war und sich noch keine Richtwerte herausbilden konnten.  
Es wird vorgeschlagen, ab 01.01.2011 die unbebauten, erschlossenen städtischen Gewerbe- und Industriegrundstücke zu den jeweils geltenden Bodenrichtwerten (Festpreise) erschließungsbeitragsfrei an Investoren zu veräußern. Alle ein bis zwei Jahre könnte eine Aktualisierung vorgenommen werden.

Abstimmungsergebnis: **11 Ja**

---

*Zu TOP: 5. Information der Verwaltung*

---

*Zu TOP: 5.1. Zwischenstand zum Projekt "Synergien im Stadtkonzern"*

Frau Teetz und Frau Dr. Rothe stellen den Zwischenstand zum Projekt vor. Der komplette Foliensatz wird dem Protokoll beigelegt.

Grundsätzlich wird von mehreren Ausschussmitgliedern Inhalt und Vorgehensweise positiv aufgenommen.  
Herr Prof. Matschke erklärt zusammenfassend, dass es zwar Synergien geben mag, stellt diese mit Blick auf Stadt und

Kommunalunternehmen aber infrage. Wenn es sie gibt, stehen möglicherweise Kommunalrecht, Vergaberecht und Steuerrecht dem entgegen. Das heißt, da wird man nicht sehr fündig werden. Zum Ende des Vortrages wurden Hinweise gegeben, die auch aus seiner Sicht als tragfähiger zu erachten sind. Diese betreffen die Zusammenarbeit mit Kommunen, Ämtern usw. Insofern würde im Großkreis eine große Gemeinschaft bestehen, mit der zusammengearbeitet werden könnte. Dort existieren ähnliche Aufgabenfelder mit Blick auf die EDV etc.

Herr Wille gibt weitere Informationen:

In diesem Jahr führt das Studieninstitut entgeltfreie Angebote zur Fortbildung für Mandatsträger in Vorbereitung auf das neue kommunale Haushalts- und Rechnungswesen durch. Dem Studieninstitut wurde vorgeschlagen, dass eine Fortbildungsveranstaltung in Form einer Abendveranstaltung von ca. 2 Stunden zum Thema Bewertung, Bilanzierung und Vermögenserfassung stattfindet. Hintergrund ist, dass die Bilanzierungs- und Bewertungsrichtlinien beschlossen werden sollen, um die Problemdiskussionen nicht im Zusammenhang mit der Eröffnungsbilanz zu führen, sondern schon im Vorfeld. Weiter wurde eine Fortbildung zum ersten doppelischen Haushaltsplan angeregt.

Im Zusammenhang mit der Doppik gibt es die Information, dass die neue Software installiert ist. Mitte des Jahres wird von der alten kameralen Software auf die neue Software umgestellt; zuerst kameral und zum Ende des Jahres auf das doppelische System. Im Frühjahr soll eine Probabilanz im Teilprojekt 4 unter Leitung von Herrn Kremer erstellt werden. Die Ergebnisse werden dem Finanzausschuss vorgestellt. Es wird angeregt, dass die Fraktionen über die Produkte diskutieren.

Zum vorläufigen Stand Jahresergebnis des Verwaltungshaushaltes wird mitgeteilt, dass der Plan mit einem Minus von 1,9 Mio. EUR abgeschlossen wurde, wobei noch nicht alle Jahresabschlussbuchungen getätigt sind. Der Haushaltsplan war mit einem Defizit von 3,9 Mio. EUR aufgestellt worden. Durch das Innenministerium wurde erlassen, dass dieser Fehlbetrag auf den Fehlbetrag des Jahres 2008 in Höhe von 2,8 Mio. EUR zu begrenzen ist. Daraufhin wurde eine Haushaltssperre verfügt und aufgrund einbrechender Einnahmen diese im Oktober erweitert. Letztendlich ist die Vorgabe des Innenministeriums erreicht worden.

Herr Hochheim informiert, dass zwei Holzschutzgutachten ergeben haben, dass der Dachstuhl der Käthe-Kollwitz-Schule von erheblichem Hausschwamm und auch Braunfäule befallen ist. Die im Haushalt eingestellten 200 TEUR werden für die Dachsanierung nicht ausreichen.

Die feierliche Übergabe der Greif-Schule findet am 09.03.2011 statt.

---

*Zu TOP: 6. Fragen, Vorschläge und Anregungen der Ausschussmitglieder*

keine

---

*Zu TOP: 7. Informationen des Ausschussvorsitzenden*

Im Auftrag von Herrn Prof. Matschke haben Frau Socher und Herr Wille an einer Veranstaltung mit der Dezernentin aus OVP und den Ausschussvorsitzenden teilgenommen.

Frau Socher teilt mit, dass als Wirtschaftsausschuss im Mai/Juni eine Klausur stattfinden soll. Zum einen, um sich besser kennenzulernen und zum anderen, um auch die Probleme anzusprechen, die zukünftig auf einen Großkreis zukommen könnten.

Herr Wille ergänzt, dass bereits konkret Themen besprochen wurden, bis heute aber das versprochene Protokoll fehlt.

Für die gemeinsame Klausur soll es einige Termine geben. Seitens Herrn Wille wurde der Vorschlag „Segeln mit der Greif“ gemacht.

OVP hat sich noch nicht geäußert, man ist aber im Gespräch.

Über weitere Ergebnisse wird Herr Wille informieren.

---

*Zu TOP: 8. Bestätigung des Protokolls vom 15.11.2010*

Abstimmungsergebnis: **11 Ja**

---

*Zu TOP: 9. Bestätigung des Protokolls der Sondersitzung vom 24.11.2010*

Der Änderungsantrag zum Protokoll vom 24.11.10 auf S. 16 wird von Herrn Dr. Fassbinder zurückgezogen.

Abstimmungsergebnis: **11 Ja**

---

*Zu TOP: 10. Schluss der Sitzung*

Herr Prof. Matsche beendet die Sitzung um 21.32 Uhr.

---

gez. Prof. Dr. Manfred Matschke  
Ausschussvorsitzender

gez. M. Meyer  
für das Protokoll

